

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Gesamtnummer: 28 241
Ruf für Nachgelehrte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 10. bis 31. Sept. 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk.
Postbezugspreis für Monat September 3 Mark ohne Postzulassungsgebühr.
Gesamtnummer 10 Wenzig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzelfällig 30 mm breite
Zeile 15 Pg., für ausmaß 40 Pg., Vierzeilenanzeige und Stellengeschichte ohne
Rabatt 15 Pg., außerhalb 25 Pg., die 50 mm breite Reklameseite 30 Pg.,
außerhalb 30 Pg., Offerungsgebühr 5 Pg., Ausz. Anträge gegen Vorwandsbesitz.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe (Dresdner Nachrichten) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsführer:
Marienstraße 38-42
Druck u. Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden
Postcheck-Konto 1068 Dresden

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Das vornehme Tagescafé
Im neuen Gewande!

Erstklassige
Reise-Koffer *Schränke-Koffer*
sämtliche
Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

Blüthner-Flügel
-Pianos
Prager Straße 12
Fernruf 16378

Dr. Röhler über die Besoldungsreform.

Vorschusszahlungen ab 1. Oktober genehmigt. — Keine Erhöhung der Reichsteuern.
Abschluß des Deutschnationalen Parteitages. — Forderungen des „Stahlhelm“. — Die belgisch-französische Militärallianz.

Die Verhandlungen im Haushaltungsausschuß.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Sept. Im Haushaltungsausschuß des Reichstages machte heute der Reichsfinanzminister Dr. Röhler Darlegungen zur Neuregelung der Beamtenbesoldung. Der Reichstag hat im Juli d. J. beschlossen, führte der Minister aus, daß, wenn die Vorlage zur Neuregelung der Beamtenbesoldung vor dem 1. Oktober d. J. nicht mehr verabschiedet werden könnte, der Haushaltungsausschuß über eine Ermäßigung zu Abzugszahlungen zum 1. Oktober d. J. Beschlusse fassen werde. Inzwischen sei die Vorlage mit den Ländern verhandelt worden. Er hoffe, spätestens am Montag die Vorlage dem Reichsrat übermitteln zu können.

Dr. Röhler wies darauf hin, daß in der Öffentlichkeit ancheinend nicht an die Tatfrage gedacht werde, daß die Beamten drei Jahre lang mit ihren Bezügen sozusagen auf der Stelle treten müßten, während um sie herum Preis- und Lohnerschöpfungen stattfänden. Es sei ihm gelungen, sein Versprechen einzulösen, die Beamtenbesoldungserhöhung ohne eine Erhöhung der Reichsteuern durchzuführen. Er habe bei der Ausgestaltung der Vorlage nicht nur auf die Reichskasse Rücksicht genommen, sondern vor allem auf die der Länder und Gemeinden.

Dem Verlangen nach einer Abänderung des Finanzausgleichs kann aber nicht entsprochen werden.

Ich hoffe, erklärte Dr. Röhler, daß die Ueberweisungssummen höhere Entgelte ergeben, als man annimme. Eine Erhöhung der Reichsteuern in Ländern und Gemeinden aus Anlaß der Uebernahme der Reichsbesoldungsordnung auf Länder und Gemeinden würde außerordentlich unerwünschte Rückwirkungen ergeben. Es sollte wirklich der ernsthafte Verlust gemacht werden, hier ohne Erhöhung durchzufommen.

Was die Besoldungsordnung selbst angeht, so besteht die Hauptänderung darin, daß das System der Schlüsselung abgeht: wie in die Automatisierung getreten ist. Die Kitaenzulage ist in die Grundgehälter hineingearbeitet worden. Da keine Veranlassung vorliegt, auch den Ledigen diese Frauenzulage zu gewähren, ist versucht worden, sie von den unverheirateten Beamten an anderer Stelle wieder hereinzuholen. Das System der Kinderzulage ist beibehalten, aber vereinfacht. Sie beträgt allgemein 20 Mark monatlich.

Der Regierung hat es entgegen verschiedenenlichen Behauptungen verneint, etwa für die Offiziere besondere Vorrechte heranzuholen. Was die prozentuale Erhöhung der Besoldung selbst betrifft, so war die Regierung der Meinung, daß

die unteren Beamtengruppen härter bedacht werden müssten. Im übrigen bewegen sich die Erhöhungen der Grundgehälter im Endgehalt von 18,7 bis 25 Prozent. Aus den Zahlen allein kann man aber die volle Höhe der Aufhebung nicht entnehmen oder voll würdigen. Auch die Buchgehalts- und Wartegelempfänger sowie deren Hinterbliebene werden entsprechend aufgeschwäzt. Der Reichsrat wird sich hoffentlich bald entscheiden. Der Minister gab dann die Absichtshälfte, im Abendblatt bereits mitgeteilte Regelung der Vorschusszahlungen an die Beamten zum 1. Oktober bekannt. Die veröffentlichten Zahlen erfählen insofern eine Aenderung, als die Vorschüsse in den Gruppen IX bis XI für Verheiratete 50 Reichsmark, für Ledige 40 Reichsmark betragen.

Die Völkerbundshilfe für angegriffene Staaten.

Der finnische Antrag. — Generalschluß am Montag? Genf, 22. Sept. Der dritte Versammlungsausschuß stimmte heute nachmittag einem von Finnland eingebrochenen Antrage zur Weiterbehandlung der Frage finanzieller Unterstützung eines angegriffenen Staates zu. Mit diesem Vorlage wird der Rat aufgefordert, den vorliegenden Entwurf des Finanzkomitees so vervollständigen zu lassen, daß über seine Annahme entweder auf der Abstimmungskonferenz oder auf einer Sonderkonferenz entschieden werden kann. Mit der Fortsetzung dieser Arbeiten soll die dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß beigegebende Sonderkommission zur Beratung der Sicherheitsfrage betraut werden. Der finnische Antrag wurde von verschiedenen Staaten trotz grundsätzlicher Zustimmung mit Vorbehalt versehen. Von englischer Seite wurde der Vorbehalt gemacht, daß die endgültige Ausgestaltung der vorgesehenen finanziellen Verpflichtung der großen Staaten erst endgültig festgelegt werden solle, wenn auf dem Gebiete der Abrüstung nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die Befreiung der Darlegungen des Ministers eröffnete der Abg. Bender (Soz.), der die Abzugszahlungen für die unteren Klassen erhöht wissen wollte.

Reichsfinanzminister Dr. Röhler nahm diese Anträge zum Anlaß, seine Ausführungen dahin zu ergänzen, daß zugleich mit der Besoldungsneuregelung für die Beamten auch eine Neuordnung der Bezüge der Kriegsbeschädigten erfolgen wird und ebenfalls ein Vorschuß, der schon am 1. Oktober gezahlt werden soll. So gleichmäßig, wie der Vorredner es vorschlägt, könnten aber die Vorschüsse nicht gut gegeben werden. Es handelt sich ja um keine Notstandsmahnahme, sondern um Vorschüsse auf die neuen Bezüge. Er habe volles Verständnis für die Lage all derer, die bedacht werden sollen, und habe demgemäß auch seine Besoldungsvorschläge ausgestaltet. Man sollte aber die Sache jetzt nicht noch mehr komplizieren. Bei der lehrling Vorschusszahlungen sollte man sich auch nicht unnötig erheben. Er habe mit Beamten verschiedener Gruppen gesprochen. Von einer Enttäuschung über seine Vorschläge habe er aus ihrem Munde nichts gehört. Im Gegenteil, sie hätten sich damit einverstanden gesetzt.

Abg. von Guérard (Centr.) erklärte namens der Regierungsparteien, daß sie mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers einverstanden seien. Es handelt sich hier um Vorschüsse, die auf das künftige Gehalt gegeben werden sollen, nicht um eine Notstandsmahnahme. Die Regierungsparteien lehnen deshalb die sozialdemokratischen Vorschläge ab. Das Bestreben müsse dahin gehen, im Interesse der Beamten und der gesamten Volkswirtschaft die endgültige Vorsorge möglichst schnell zu verabschieden. Die Beschleunigung sei notwendig, um Preistreibereien zu vermeiden.

In der Abstimmung wurden die Anträge der Sozialdemokraten und auch solche der Kommunisten abgelehnt.

Abg. Steinkopf (Soz.) erklärte darauf, daß nach dieser Abstimmung seine Freunde dem Vorschlag des Ministers zustimmen würden, um den Beamten wenigstens etwas zu gewähren. Hieraus wurden die Vorschläge des Reichsfinanzministers einstimmig angenommen.

Dr. Stresemann und die Besoldungsvorlage.

Keine volle Übereinstimmung im Reichstag.

Berlin, 22. Sept. Im Zusammenhang mit einem Bericht über die heutige Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien, in der in Anwesenheit des Reichskanzlers und mehrerer Reichsminister die Besoldungsvorlage erörtert wurde, insbesondere die Frage der Erhöhung der Bezüge für Warte- und Ruhestandsbeamte, teilte die „Tägliche Rundschau“ u. a. mit: Die Regierung wird den Entwurf heute in Druck geben. Die Drucklegung und die Weitergabe an den Reichstag erfolgt, ohne daß eine volle Übereinstimmung im Kabinett erzielt worden wäre. So ist es insbesondere ungünstig, daß der Reichsbauminister Dr. Stresemann von Genf aus seine Zustimmung zu der Vorlage erteilt hat. In dem Telegramm des Reichsbauministers ist von einer Zustimmung nicht die Rede. Es ist auch von vornherein ganz ausgeschlossen, daß man von Genf aus eine Zustimmung zu einer Vorlage erteilt, deren Einzelheiten man nicht genau kennt. Sicher ist jedenfalls, daß der Reichsbauminister in der Frage der Warte- und Ruhestandsbeamten seine Auffassung aufrechterhalten hat. Man kann annehmen, daß in der heutigen interfraktionellen Besprechung dieser Punkt mit Nachdruck betont worden ist.

Nach dem augenblicklichen Stand der Arbeiten wird damit gerechnet, daß die gegenwärtige Völkerbundversammlung am Montag abend geschlossen werden kann.

Das Klagerecht der Danziger Eisenbahner.

Neue Verjährungszeit im Völkerbundsrat.

Genf, 22. Sept. Der Völkerbundsrat beschloß heute nachmittag bei Behandlung des Appells des Danziger Senats gegen die Entscheidung des Danziger Völkerbundekommissars Dr. Hamel vom 8. April d. J. über das Klagerecht der Danziger Eisenbahner gegen den polnischen Staat ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes einzuhören.

Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel durch Deutschland

Berlin, 22. Sept. Reichsbauminister Dr. Stresemann wird, wie verlautet, im Laufe des Freitags die formelle Unterzeichnung der facultativen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtes vornehmen. Die bevorstehende Unterzeichnung war vom Reichsbauminister bereits in seiner Rede vor der Volksversammlung zu Beginn der Tagung in Aussicht gestellt worden.

Der Weg der Deutschnationalen.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der gestern in Königsberg nach dreitägigen Verhandlungen abgeschlossen wurde, war nicht nur rein parteipolitisch von Bedeutung als Heerschau der größten Regierungspartei und als Willenskundgebung der verschiedenartigen Volkskräfte, die in ihr zur politischen Auswirkung drängen. Darüber hinaus kam ihm auch eine grobe staatspolitische Bedeutung im weitesten Sinne zu, weil das Ergebnis der Königsberger Beratungen entscheidend werden mußte für die Stabilität der Regierungsbündnisse in Reich und Ländern während des Jahres, das uns noch von der Erneuerung des Reichstages trennt. Die Frage, ob die seit Anfang dieses Jahres an der Arbeit befindliche Regierungsgemeinschaft der Mitte mit der Rechten fruchtbare fortgesetzt werden könnte bis zum natürlichen Ende der Legislaturperiode oder ob neue Krisen und unter Umständen vorzeitige Neuwahlen das fortschreitende Werk der inneren Sanierung unterbrechen würden, war gerade in den letzten Wochen akut geworden. In doppelter Richtung erfolgten diese Angriffe: einmal frontal gegen die Reichsregierung, hauptsächlich auf dem Weg über Preußen und unter Einwirkung auf die republikanischen Empfindlichkeiten der Zentrumspartei, und dann auf indirektem Wege durch die wiederholten Versuche, Spannungen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei selbst zu schaffen, indem man sie in Situationen drängt, die sie bei der Auflösung der Republiksschulgemeinschaft und jetzt die Aufzehrung des Republiksschulgemeinschaft und jetzt die Entzündung des Flaggentreites sind ja nur Mittel zu diesem Zweck.

Es ist deshalb das erste und wichtigste Ergebnis von Königsberg, daß Führung und Masse der Deutschnationalen in Übereinstimmung die darauf gegründeten Hoffnungen der Linken aufzuhanden gemacht haben durch die Erneuerung des Bekennnisses zur sozialen Mitarbeit am Staat von heute innerhalb der Nationalen, die bei der Regierungsbildung vereinbart wurden, und anderseits durch die genaue Aufzeigung der Grenzen, bis zu denen die Partei in ihrem Leistung- und Opferwillen zu gehen bereit ist. Diese Grenzen liegen da, wo praktisch eine Verleugnung der Gesinnung verlangt wird. Sie sind aber so weit gesteckt, daß die Koalitionspartner, insbesondere auch das Zentrum, ohne eigene Gefahr und mit neuem Vertrauen die Gemeinschaftsarbeit fortführen können, wenn sie nicht wieder in den Fehler verfallen, sich durch überwollige Kritik von außen untereinander verheben zu lassen. Graf Westarp hat einen Wunsch des Zentrums erfüllt, indem er denjenigen deutschnationalen Parteiblättern, die in den Kampf um die Reichsfarben eine unnötige Härte eingebracht und damit eine mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot gar nicht in Zusammenhang stehende monarchistische Propaganda verbunden haben, die Wissbegleitung der Parteileitung ausprach. Dieses offene Wort dürfte den Streitfall zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen gelöst haben und sie sollten nun auch die Zentrumspressen zu einer maskulinen und abgewogenen Sprache veranlassen. Denn mit Recht ist im Anschluß an die deutschnationale Nationalitätsklärung Klage darüber geführt worden, daß durch den Gang der Dinge die Rechte in der Regierungsbildung in die Vertheidigung des wahren Sinnes der vielversprochenen Nationalitätslinien gedrangt worden ist. Sie stellen logischerweise einen modus vivendi dar, an dessen Einhaltung alle Regierungsparteien ein gleich starkes Interesse haben. Sie müssen von allen Partnern gewahrt werden, sobald sie werden von allen preisgegeben. Wenn deshalb die Linkspartei im Zentrum zu lassen, daß die Handelsflagge des Reiches, die zugleich die alte Reichsflagge ist, geschmäht wird oder wenn sie sich selbst an dieser Hebe beteiligen, so ist eine jener Grenzen überschritten, deren Einhaltung die Bedingung für die Arbeitsmöglichkeit der Deutschnationalen Volkspartei innerhalb der Koalition bleibt. Mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite dieser Beschlüsse und mit dem festen Entschluß, wenn nötig, dafür in den Kampf zu gehen, ist darum das unbedingte Bestehen der Partei an den alten Farben von allen Rednern unterstrichen worden.

Ein anderes für die innere Entwicklung der Partei nicht weniger wichtiges Ergebnis von Königsberg, das sich schon nach dem ersten Verhandlungstag feststellen ließ, ist die Bekundung ihrer Geschlossenheit trotz der schweren Belastungsproben, denen sie in den letzten Monaten aus-